

Der 1. Mai in Reutlingen

Aufbruch zu neuen Allianzen

Die Kundgebung zum 1. Mai stand im Zeichen der neuen politischen Mehrheitsverhältnisse. Die „Reutlinger Allianz für einen freien Sonntag“ bestand nur in der Marienkirche.

Stephan Gokeler

Reutlingen. Arbeitnehmerunfreundlich fiel der Maifeiertag auf einen Sonntag. Andererseits bot dies Gelegenheit zum Schulterschluss zwischen Kirche und Gewerkschaften. Unter dem Motto „Gott sei Dank, es ist Sonntag“ predigte der evangelische Prälat Christian Rose in einem ökumenischen Gottesdienst in der Marienkirche gegen die Einverleibung des Sonntags durch angestrebte Gewinnmaximierung.

„Gedenke des Sabbattages“, erinnerte Rose an die Worte Moses, „da sollst Du keine Arbeit tun und auch nicht der Fremdling, der in Deiner Stadt lebt“. Die Einhaltung des Ruhetags drücke Gottesfurcht und Menschenachtung gleichermaßen aus. „Wir sind auf dem Weg zu einer Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft, und das ist nicht gut für unsere Seelen.“ Immer weniger Menschen könnten sich dem Druck entziehen, auch sonntags im Beruf zur Verfügung zu stehen. Davon berichteten auch Betriebsräte in Kurzinterviews, die Pfarrer Jens Junginger in der knapp zur Hälfte gefüllten Kirche führte.

Bei der anschließenden Kundgebung des DGB spielte die „Reutlinger Allianz für einen freien Sonntag“ zwischen Kirchen und Gewerkschaften keine Rolle. Trotzdem war die 14. Auflage der Reutlinger Maikundgebung besonders: Mit Nils Schmid, dem SPD-Landesvorsitzenden und designierten „Superminister“ im neuen Kabinett, der grünen Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke und dem grünen Landtagsabgeordneten Thomas Poreski war die neue politische Mehrheit im Land auf dem Marktplatz prominent vertreten. CDU- und FDP-Mandatsträger bis hin zu den Gemeinderatsmitgliedern hingegen glänzten durch Abwesenheit – erstmals in der Tradition der Reutlinger Maikundgebungen, wie DGB-Regionssekretär Rolf Zabka in seiner Moderation säuerlich anmerkte.

Hauptrednerin Dagmar Schorsch-Brandt vom Verdi-Landesbezirk klopfte den grün-roten Koalitionsvertrag auf seine Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen ab. Neben vielen „Pluspunkten“ wie Bekenntnissen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, zur Änderung der Vorschriften über die Befristung von Arbeitsverhältnissen und zur Verbesserung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, fand sie auch Kritikwürdiges. So sei keine Abkehr von der Rente mit 67 Jahren erkennbar.

Am 1. Mai begann die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Esten, Letten, Litauer, Polen Slowaken, Slowenier, Tschechen und Ungarn. Rolf Zabka forderte, damit keine neue Runde in der Abwärtsspirale der Löhne und Gehälter einzuleiten. Dagmar Schorsch-Brandt betonte: „Wir haben keine Angst vor Zuwanderung, wenn die Bedingungen stimmen.“ Dass der grün-rote Koalitionsvertrag ein

Tariftreuegesetz und eine Mindestlohngarantie von 8,50 Euro pro Stunde für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorsehe, sei dafür ein wichtiger Beitrag.

Über Arbeitsmigranten sprach anschließend auch Dusan Vesenjak vom IG-Metall-Arbeitskreis Migration. Er betonte, dass die Integration in vielen Fällen viel besser gelungen sei, als es die aufgeregte Debatte um das Sarrazin-Buch nahelege. Dass es auch Defizite gebe, liege nicht zuletzt daran, dass Politiker den Zuwanderern jahrzehntelang erklärt hätten, Deutschland sei kein Zuwanderungsland.